

E-6366/09DE  
Antwort von Frau Geoghegan-Quinn  
im Namen der Kommission  
(2.3.2010)

Die unlängst erfolgte illegale Freigabe von E-Mails der Klimaforschungsabteilung (Climatic Research Unit, CRU) der University of East Anglia (UEA) erregte bei der internationalen Presse anlässlich der COP-15-Konferenz in Kopenhagen große Aufmerksamkeit.

Die Kommission kann zu spezifischen Behauptungen und zum Inhalt bestimmter E-Mails keine Stellungnahme abgeben, da eine solche Untersuchung nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Sie nimmt die Entscheidung der UEA zur Einleitung einer unabhängigen Untersuchung dieser Angelegenheit zur Kenntnis.

Zu den Klimadaten stellt die Kommission fest, dass die Analysen der CRU/Met Office durch zwei unabhängige Analysen der Nationalen Luft- und Raumfahrtbehörde (National Aeronautics and Space Administration, NASA) und der Nationalen Ozeanografie- und Wetterbehörde (National Oceanic and Atmospheric Administration, NOAA) der USA sowie durch andere Indikatoren des Klimawandels bestätigt werden. Zu diesen Indikatoren zählen neben Temperaturänderungen Veränderungen der Eisbedeckung des Arktischen Ozeans, der Rückgang der Kontinentalgletscher und der Anstieg des Meeresspiegels.

Der Primat der Berichte des Weltklimarats (IPCC) für klimapolitische Entscheidungen ist international anerkannt und ihre aussagekräftigen Erkenntnisse sind grundlegender Bestandteil der EU-Klimapolitik. Der IPCC-Prozess ist auf den höchstmöglichen Grad an internationaler Transparenz ausgelegt. Die IPCC-Berichte wurden von den Regierungen aller Mitgliedstaaten des Weltklimarats gebilligt und förmlich als Leitfäden für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen UNFCCC) angenommen.

Der Weltklimarat ist einer der strengsten Einrichtungen für wissenschaftliche Bewertungen. Tausende Wissenschaftler haben ihre Zeit der Erstellung der umfassendsten und verlässlichsten Bewertungen gewidmet, die im Rahmen der Klimaforschung verfügbar sind. Daher hat die Kommission volles Vertrauen in den IPCC-Prozess.

Sie teilt die Auffassung der Damen und Herren Abgeordneten, wonach hohe Qualitätsstandards und offener Zugang zu Daten und ergänzenden Angaben, beispielsweise den angewandten Analyseverfahren, für die Klimaforschung von entscheidender Bedeutung sind und nachvollziehbar sein sollten.

Die „INSPIRE-Richtlinie“<sup>1</sup>, deren Umsetzung große Fortschritte macht, ist auf die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Raumdateninfrastruktur ausgerichtet und steht im Zentrum unserer Bestrebungen, öffentlich verfügbare Daten in Europa leichter zugänglich zu machen.

Eine vollständige und offene Datenpolitik wird auch im Rahmen der Initiative „Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung“ (GMES)<sup>2</sup> entwickelt, die einen wesentlichen Beitrag zur Klimaforschung leisten wird, unter anderem durch Bereitstellung einschlägiger Informationen zu wichtigen Klimavariablen auf der Grundlage der Beobachtungsdaten von Satelliten und nicht weltraumgestützten Sensoren.

Sowohl GMES als auch INSPIRE leisten einen Beitrag zur globalen Initiative der Gruppe für Erdbeobachtung (Group on Earth Observations, GEO). Die Mitglieder von GEO haben die Entwicklung eines Systems globaler Erdbeobachtungssysteme (Global Earth Observation System of Systems, GEOSS) vereinbart. Die Grundsätze des Datenaustauschs von GEOSS umfassen den offenen und freien Zugang für alle mit der Klimaforschung zusammenhängenden Tätigkeiten.

---

<sup>1</sup> <http://inspire.jrc.ec.europa.eu/>

<sup>2</sup> <http://www.gmes.info/>

Innerhalb des Themenbereichs „Umwelt“ des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (RP7, 2007-2013) hat die Kommission eine Sonderklausel eingeführt, die gewährleistet, dass Gemeinschaftsorgane und –stellen Recht auf Zugang zu neuen Kenntnissen und Schutzrechten zum Zweck der Entwicklung, Durchführung und Überwachung umweltpolitischer Strategien (d. h. Daten und Informationen im Rahmen eines Forschungsprojekts) haben. Der betreffende Empfänger im Rahmen einer RP7-Finanzhilfevereinbarung räumt solche Zugangsrechte unentgeltlich ein.